

## "Nicht Panzer, sondern Banken bedrohen Stabilität und Wohlstand"

**Politik und Wirtschaft: Globale Gefahren gehen künftig nicht mehr von Kriegen aus, sondern von Banken, die so groß sind, dass sie bei Schieflage von den Steuerzahlern gerettet werden müssen, sagt Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz und bei der Allianz für Regierungsbeziehungen zuständig.**

*VDI nachrichten: Herr Ischinger, woher kommen heute weltweit gesehen die größten Gefahren?*

Ischinger: In diesem Jahr wurde auf der Sicherheitskonferenz gesagt: Wir fürchten nicht mehr die Invasion durch Nachbarn mit Panzern. Jetzt stehen der Zerfall der Eurozone, die Situation in Griechenland und die Finanzkrise im Mittelpunkt. Die Gefahr, die Bedrohung von Wohlstand und Stabilität kommt nicht mehr von feindlichen tanks, sondern von – insolventen – banks, wenn Sie eine sehr saloppe Formulierung wollen.

*Wie verhindert man, dass die Banken einen Staat erpressen oder gefährden können?*

Es gilt vor allem zu vermeiden, dass Staaten gezwungen sind, Banken, die in eine Schieflage geraten sind, aufgrund ihrer schieren Größe und Bedeutung für die Volkswirtschaft retten zu müssen. Es ist daher wichtig, entsprechende Regulierungen zu erlassen, die auch die geordnete Abwicklung notleidender beziehungsweise insolventer Banken regeln. Generell ist eine effiziente Bankenaufsicht und Bankenregulierung Grundvoraussetzung für die Stabilität des Bankensektors. In der aktuellen Krise spielt allerdings die Entkopplung von Banken- und Staatsschuldenproblematik eine zentrale Rolle. Um die Negativspirale zu durchbrechen, kommt daher der geplanten direkten Rekapitalisierung der Banken über den ESM erhebliche Bedeutung zu.

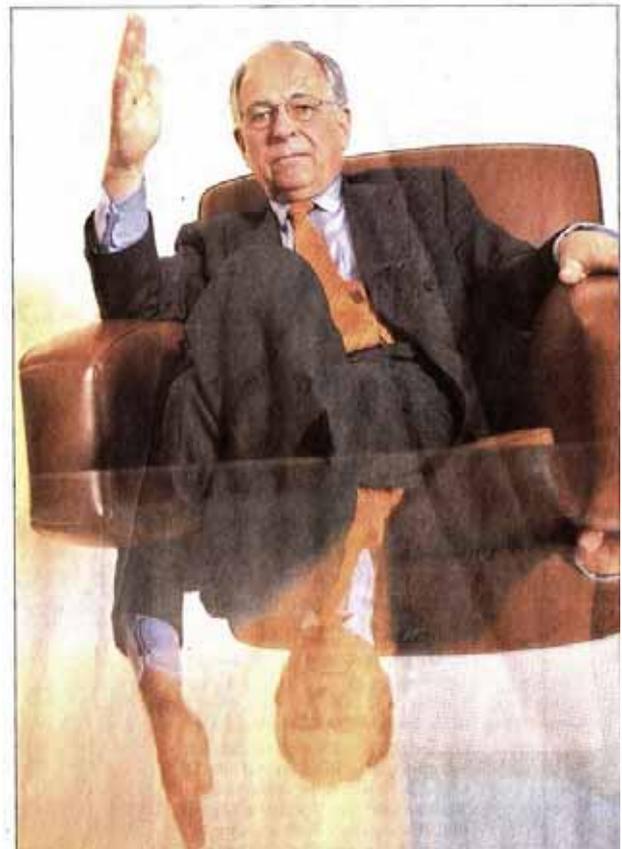
*Wie könnte die europäische Politik Banken sinnvoll kontrollieren?*

Die Schaffung einer europäischen Aufsichtsbehörde wäre sicher ein bedeutendes Element zur Vertiefung der finanz- und wirtschaftspolitischen Integration innerhalb der EU. Um sicherzustellen, dass einheitliche europäische Vorschriften auch in allen Mitgliedsländern einheitlich umgesetzt werden, sollte sie jedoch gegenüber den nationalen Behörden mit entsprechender Weisungsbefugnis ausgestattet werden. Eine einheitliche Bankenaufsicht könnte nicht nur zur Stabilisierung des Finanzsystems, sondern auch maßgeblich zur Wiederherstellung des Vertrauens der Verbraucher in das Bankensystem beitragen.

*Brauchen wir ein einheitliches Bankensystem?*

VDI nachrichten, Metz, 16. 11. 12, has

Von Bedeutung ist insbesondere, wie effizient die Bankenaufsicht und die Bankenregulierung sind. Das gilt sowohl in einem Trennbankensystem als auch in einem Universalbankensystem. Die Wahl des Geschäftsmodells sollte man den einzelnen Banken überlassen.



**Wolfgang Ischinger ist besorgt**, weil durch die Finanzkrise nicht mehr genügend Mittel für den Wehretat zur Verfügung stehen könnten. Foto: dpa

*Wie lassen sich die gefährlichen Blasen vermeiden?*

Helfen können hierbei Frühwarnsysteme. Allerdings nur dann, wenn ihre Signale auch politische Konsequenzen zur Folge haben. Mit Blick auf die künftige Vermeidung gefährlicher Blasen hat die Europäische Kommission zum Beispiel Mitte Dezember vergangenen Jahres die sogenannte Macroeconomic Imbalance Procedure (MIP) eingeführt, um anhand von Indikatoren mögliche volkswirtschaftliche Ungleichgewichte frühzeitig

erkennen und mit entsprechenden Maßnahmen rechtzeitig gegensteuern zu können.

*Brauchen wir dann noch ein Budget für Verteidigung?*

Die Finanzkrise muss uns Sorgen machen, weil die mögliche Folge ist, dass wir nicht mehr genug Geld haben für die Sicherheit. In Großbritannien ist das Verteidigungsbudget zweistellig zurückgegangen worden. Die Fähigkeit, mit sicherheitspolitischen Fragen fertig zu werden, ist ein Problem des Westens. Zurzeit gehen global seit 13 Jahren zum ersten Mal die Rüstungsausgaben zurück. Die einzigen Ausnahmen sind China und andere Mächte in Asien, sowie natürlich die USA. Die geben weit mehr für Rüstung aus als alle anderen zusammen. Die künftige Rolle Europas kann sein zu zeigen, wie es friedlicher geht dass Kriege keine Option mehr sind. Das sollten wir mit Selbstbewusstsein vertreten.

*Glaubt das jemand einem Europa, das so zerstritten ist?*

Die Diagnose, dass es uns schlecht geht, ist richtig. Aber jetzt geht es um die Therapie. Wir beklagen die Re-Nationalisierung. Aber der Fisch stinkt vom Kopf her, wie man sagt. Früher haben Minister nach EU-Sitzungen stolz gesagt: „Heute ist Europa einen wichtigen Schritt weitergekommen.“ Heute sehe ich allzu oft Staats- und Regierungschefs, die aus einer Sitzung kommen und sagen: „Heute habe ich unsere nationalen Interessen erfolgreich verteidigt.“ Dann darf man sich nicht wundern, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, man müsse sich wehren gegen die Union. Das ist ein Grund für unsere Schiefelage. Ein weiterer ist, dass die EU-Kommission nicht so wirken kann, wie sie gedacht war.

*Was fehlt der EU-Kommission?*

Von den 27 Mitgliedsländern bringen nicht viele die Fähigkeit mit, operativ Außenpolitik zu gestalten. Frankreich und Großbritannien können andere und größere Visionen haben und verwirklichen als Estland, Portugal oder Dänemark. Es liegt an vier bis sechs Ländern, die Außenpolitik zu gestalten. Die müssen sich mehr einbringen, auch über informelle Methoden. Das deutsch-französische Duo allein kann das nicht mehr leisten. Es muss eine intensivere Vorabstimmung unter vier bis sechs großen Ländern geben. Im Falle Libyen fiel die EU völlig auseinander. Das darf sich nicht wiederholen.

*International steht man der EU kritisch gegenüber.*

Die landläufige Einschätzung der EU ist in den USA nicht gut. Das hängt auch mit der Finanzkrise zusammen. Die Kissinger-Frage „Wo ist die Telefonnummer der Europäischen Union?“ ist unbeantwortet. Auf dem G20-Gipfel taucht die EU

mit mehreren Vertretern gleichzeitig auf. Das macht nicht den Eindruck der Klarheit, den wir erwecken wollen. Man sieht die EU als mit sich selbst beschäftigt. Aber die USA wollen Ballast abwerfen. Sie suchen tatkräftige Partner zur Bewältigung internationaler Krisen keine Nabelschau.

*Neben den USA gibt es China, das immer stärker wird und vielen hier Sorge bereitet.*

Es ist nicht ausgemacht, dass ein weiteres Wachstum von Macht und Wohlstand Chinas nachteilig für den Westen sein muss. Und die amerikanische Hinwendung nach Asien sollte nicht als militärische Einhegungsstrategie umgedeutet werden. Da sollten wir Europäer für mehr Partnerschaft sorgen.

*Die Chinesen engagieren sich sehr in Afrika, wo sie Unternehmen und Ländereien aufkaufen.*

China ist in Afrika stark. Die chinesischen Methoden, sich dort Rohstoffquellen zu erschließen, sind bemerkenswert. Aber man kann ihnen keinen Vorwurf daraus machen. Die EU hat versucht, bei China Wertvorstellungen durchzusetzen beispielsweise bei der Bekämpfung der Korruption, bei der Kreditvergabe. Darüber haben wir mit China in der Tat noch keinen tragfähigen Konsens.

*Sie sind Politiker, aber auch Vater. Was möchten Sie heute einem Kind für die Zukunft mitgeben?*

Ein Kind sollte mindestens zwei bis drei Sprachen sprechen; besser mehr. Die Welt hat sich heute sehr verändert. In meiner Generation war ich der einzige, der ein Jahr in den USA auf der Schule war. Was wir heute haben, ist eine großartige Entwicklung: Die junge Generation ist die erste globale Generation. Junge Leute haben zum Teil in drei verschiedenen Kontinenten studiert, kennen die Welt, sind kosmopolitisch. Das ist wahre Globalisierung. Das ist eine Friedens- und Bildungschance, die enorm ist. Es ist auch eine Chance für Unternehmen und Institutionen wie die EU und andere, hervorragend qualifizierte Leute zu finden.

CORDELIA CHATON

---

Wolfgang Ischinger

- ist seit 2008 beim Versicherungskonzern Allianz zuständig für Regierungsbeziehungen.
- Ischinger, Jahrgang 1946, leitet auch die Münchner Sicherheitskonferenz und war Botschafter in den USA, Staatssekretär im Auswärtigen Amt und dort auch Leiter des Planungsstabes und der Politischen Abteilung. has